

Im Falle vierteljährlich 2,50 M., bei
monatlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., anschl. Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Nachschußstellen angenommen.
Im amtlichen Zeitungsbereich
unter „Sozial-Zeitung“ eingetragen
Es werden eingetragene Marken
nicht ohne Beweise übernommen.
Abdruck nur mit Quellenangabe;
„Sozial-Ztg.“ gestattet.
Verantwortl. Redaktor Hr. 11402
Geschäftsstelle Nr. 170; Nebengeschäftsstelle
Markt 4) Nr. 2266.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang

Werden die Spaltenbreite oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unseren Annoncenstellen
und allen Annoncen-Expositionen an-
genommen. Restanten die Seite 75 Pf.
Erscheint wöchentlich postfrei;
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, G. Straußstraße 17;
Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 24.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 15. Januar

1907.

Kann die Sozialdemokratie helfen?

Dass die Sozialdemokratie dem deutschen Volke insgesamt
oder irgend einem Berufsstande, irgend einer Bevölkerungs-
klasse, irgend einer Berufsgruppe, die sich in einer
Notlage befindet, Nutzen, Hilfe oder Förderung bringen
könne, ist ganz ausgeschlossen. Die Sozialdemokratie
kann keinem Berufsstande Hilfe bringen; sie hat auch gar
nicht die Absicht, es zu tun.
Daher war ja der Zwiespalt zwischen den Gewerkschaften
und der sozialdemokratischen Partei in erster Linie entbrannt.
Die Gewerkschaften verachteten es, sich darum zu bemühen,
für die Besserung der Notlage der Arbeiterschaft zu sorgen.
Sie machten Front gegen die Nachteile, die der Arbeit-
erschaft aus der einseitigen Diktierung einer Waise erwachsen;
sie protestierten gegen die Injuzierung eines politischen
Profiteurs, der nur zur Verhinderung der Gewerkschafts-
organisation, zur Verkleinerung von Arbeitergehältern geführt
haben würde, und sie wollten nicht mitmachen bei den
Straßendemonstrationen, die zu Rechten und Leben
der Arbeiterschaft gefährdenden Zusammenstößen mit der
Polizei und der benachteiligten Waise führen können.
Die Gewerkschaften wollten aufbauen, die sozialdemokratische
Partei dagegen wollte niederreißen. Dieser Zwiespalt ist
zwar in Mannheim durch Webers hinterlistige Taktik über-
brückt worden. Aber die Ziele der Gewerkschaften und der
sozialdemokratischen Partei gehen nach wie vor weit ein-
ander.

Wie anders der entschiedene Liberalismus. Bereits am
letzten Sonntag wurde eingehend dargelegt, wie mannhaft
und erfolgreich er für die Rechte der Arbeiterschaft ein-
getreten ist. Eine der unfruchtbarsten Vorklagen der letzten
Legislaturperiode war diejenige der Verletzung der Rechts-
fähigkeit an die Berufsvereine. Die Regierung
hatte diesen Entwurf mit Bestimmungen überladen, die eine
ungehinderte Fortschritts- und erprobte Tätigkeit der
Berufsvereine unmöglich machen mußte. Der Fraktionsredner
der freisinnigen Volkspartei im Reichstage, Abg. Dr. Mugd an,
bezeichnete am 24. November den Gesetzentwurf, wie gegen-
über den sozialdemokratischen Wahlscheitverdrungen zu er-
klären ist, als einen „ungeheuren sozialpolitischen Rückschritt“
und führte aus: „Auch die deutschen Gewerkschaften, die für
die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine seit 37 Jahren
kämpfen, die, wie Sie ja wissen, in bitterster Feindschaft
mit der Sozialdemokratie stehen, sind der Ueberzeugung, daß
das Gesetz, wenn es in dieser Form Gesetz würde, tatsächlich
für die Arbeiter ein Unglück wäre.“ Mugd erklärte
weiter: „Für meine politischen Freunde ist schon der § 1 in
dieser Form unannehmbar... Ich habe die Ueber-
zeugung, daß, wenn nicht die Fehler, die von der Kritik
einer Herren Vorredner so scharf beleuchtet worden sind,
verschwinden, dies Gesetz für uns unannehmbar ist.
Wir wollen den Arbeitern nicht Steine statt Brot reichen,
wir wollen ihnen nicht ein Gesetz geben, das ihre Lage nicht
verbessert, sondern sie sogar in der Erledigung wirtschaft-
licher Streitigkeiten hindert.“ Und da wagt es die sozial-
demokratische Presse, es so darzustellen, als ob der Liberalis-
mus für die Vorlage eingetreten sei!

Die Sozialdemokraten glauben damit Eindruck zu machen,
daß sie für die weitgehende Erhöhung der Bezüge von
Beamten und Invaliden eintreten. Eins ihrer Flug-
blätter weist darauf hin, daß sie bei den Rentenzahlungen
den Unfallversicherungssatz stets dafür eingetrennen seien,
daß für die Rentengewährung der volle Verdienst des Ver-
letzten maßgebend sein soll, daß also nicht von vornherein
ein Drittel des Verdienstes in Abzug kommen dürfe. Die
Unfälle sollen nach dem vollen Lohn entschädigt werden und
die Versicherungspflicht auf alle Arbeiter ausgedehnt werden.
Bei der Invalidenversicherung rügen sie, daß der
Reichszuschuß hier im neuen Etat 827,250 Mark weniger
für Invalidenrente vorsteht und die Beitragsleistung des
Reiches für die Kriegsveteranen wünschen sie erhöht
zu wissen und was dergleichen mehr ist. Sind das nun
spezifisch sozialdemokratische Forderungen? Nein! Auch
die liberalen Parteien erstreben die notwendige Ver-
vollständigung bei der Rentenzahlung. Die Erhöhung der
Bezüge für die Kriegsveteranen ist stets mit Nachdruck
von der freisinnigen Volkspartei gefordert worden, und die
gesamte gefühlte Materie, die sich auf die Gründung von
Kriegsgulagen, Vermittlungsgulagen der Kriegsteilnehmer,
die Witwenbeihilfen, die Erziehungsgeldern der Rekruten
und die Pensionen der Mannschaften und Offiziere bezieht,
ist mit Unterstützung der liberalen Parteien erst im letzten
Reichstage geregelt. Was aber das spezifisch Sozialdemo-
kratische dabei ist, ist folgendes: Die Sozialdemokraten sind
zwar auch für die Erhöhungen eingetreten, haben aber bei
der endgültigen Abstimmung über den Etat im ganzen
gegen das Etatsgesetz gestimmt und somit der
Regierung die Mittel und die Vollmacht zur Aus-
führung dessen verweigert, was sie selbst be-
wagt hat. Das ist eine nette Hilfe, die die Sozial-

demokratie damit den bedürftigen Kreisen leistet. Das
gleiche Verfahren wendet die Sozialdemokratie bei den Ge-
baltsoberbesserungen der übrigen Reichsbeamten an. Alle
von ihr beantragten Verbesserungen macht sie einfach da-
durch wieder zu nichts, daß sie den Etat schließlich in Wauch
und Wogen ablehnt.

Wirklige Hilfe haben dagegen die liberalen Parteien
gebracht. So wurden, um nur einiges herauszugreifen,
unter liberaler Mitwirkung die Bestimmungen der
Reichsgeverbestimmung zum Arbeiterschutz durch die Ein-
führung des Adenschlusses und der Ruhezeit
für das Hilfspersonal in offenen Verkaufsläden
erweitert. So wurden Resolutionen angenommen, um
Bestimmungen über die Begrenzung der Arbeitszeit
in der Hausindustrie herbeizuführen, so wurden
Schutzbestimmungen für das kaufmännische Hilfs-
personal, das in nicht offenen Verkaufsstellen tätig ist
und für das im Verlebsgewerbe, sowie bei
Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern tätige
Hilfspersonal verlangt. Für die in Gast-
und Schankwirtschaften beschäftigte Gehilfenchaft wurde am
23. Januar 1902 eine Bundesräthliche Verordnung,
welche die Aufgehoben regelt, und Schutzbestimmungen
für weibliches und jugendliches Personal enthält, herbeigeführt.
Weitere Reformen zum Schutze der Arbeiter,
der Heimarbeiter stehen bevor. Die Verbesserung der
Gewerkeinspektion unter Heranziehung von Arbeitern
und Arbeiterinnen ist eine liberale Forderung. Der Wunsch
nach Herbeiführung eines freirechtlichen Reichsberg-
gesetzes, die Einführung paritätischer Arbeits-
kammern, die Herabsetzung der Arbeitszeit mit
Rücksicht auf den Schutz der Volksgesundheit, die Einführung
sanitärer Wohnungsvorsorge, und die Hebung der
gesamten Lebenskultur der Arbeiterschaft, sowie
sämtlicher unbedienten Bevölkerungsklassen, das alles sind
liberale Programmpunkte, die nur auf dem Wege einer all-
mählichen Entwidlung, einer allmählichen Vorpurschbewegung
der unteren Volkskreise zu verwirklichen sind, durch die
sozialdemokratische Politik aber niemals erreicht werden
können, da die Sozialdemokratie die Emanzipationsinteressen
des vierten Standes mit ihren republikanischen Tendenzen
verquillt und mit ihren Zukunftsstaatsphantasien zusammen-
wirft, die nur den schäfflichen Widerstand aller staatsbehaltenden
Kräfte herausfordern.

Aber nicht einseitig will der Liberalismus vorgehen. Nicht
die Arbeiterschaft allein soll gefördert werden, sondern alle
Bevölkerungskreise, alle Berufe und dadurch die gesamte
Nation. Zumal die im Handwerk und Gewerbe
tätigen Volkskreise sind von dem Liberalismus stets mit
Nachdruck unterstützt worden. Vieles ist schon auf dem
Gebiete der Fortbildungsschulen und Fachschulen, bei der
Entwicklung des Genossenschaftswesens, durch die Bildung
von Handwerks-, Gewerbe- und Gewerkevereinen erreicht
worden. Vieles bleibt auf diesem Gebiete noch zu tun. Der
Liberalismus bekämpft beispielsweise die Schäden, welche
durch Gefängnisarbeit und unlauteren Wettbewerb entstehen.
Er erstrebt die Förderung der Lehrlingsausbildung durch
Hebung des Volksunterrichts, Einrichtung obligatorischer
Fortbildungs- und Fachschulen, Veranstaltung von
Sammelausstellungen prämiierter Lehrungsarbeiten, Be-
lohnung von um die Lehrlingsausbildung besonders
verdienten Meistern, Errichtung von Lehrlingsheimen
und Lehrwerkstätten, Ausbildung von Handwerksmeistern
zu praktischen Lehrern für Fortbildungsschulen und Fach-
schulen. Er begehrt weiter die Fortbildung der Meister
und Gesellen durch Veranstaltung von Ausstellungen klein-
gewerblicher Motoren, Maschinen und Werkzeuge, sowie durch
Vorbereitung bedürftiger Arbeitsmethoden und technischer Fort-
schritte des Kleingewerbes in Lehrkursen, die Vermehrung
und den weiteren Ausbau der Meisterkurse und Erleichterung
des Besuches dieser Kurse durch Gewährung von Stipendien.
Der entschiedene Liberalismus wünscht ferner u. a. die
Herabsetzung bzw. Aufhebung der Zölle auf notwendige
Materialien und Halbfabrikate, Werkzeuge und Maschinen,
wie sie das Handwerk gebraucht und tritt dafür ein, daß
Handwerker mit Fachschulbildung die Berechtigung zum
einjährig-freiwilligen Dienst erlangen. Gerade auf dem
Gebiete dieser Fragen, wo noch vieles in Ordnung ist, wird
sich eine Klärung der Ansichten mit der Zeit von selbst er-
geben, da doch die Grundausfassung der Liberalen dahin
geht, daß das deutsche Volk ohne einen gefundenen,
auf fortschrittlicher Bahn vorwärts schreitenden
intelligenten und selbständigen Mittelstand
niemals existieren kann, einen Mittelstand, der das
Niedrige des Bürgerturns in Stadt und Land zu bilden
hat. Hier muß eine gesunde Heimatpolitik befolgt
werden und es mehrern sich immer mehr die Zeichen, daß
dieses Erkenntnis allorts im Zunehmen begriffen ist. Wir
rechnen hier gleich alle weiteren Kreise des Mittelstandes
hinzu, die selbständigen Kaufleute sowohl wie die
staatlichen und privaten Beamten. Für sie alle gilt
es, Lust und Raum zu schaffen, ihre wahren Interessen zur

Geltung gelangen zu sehen. Das kann nur geschehen durch
eine Partei, die durch die Wohlfahrt jedes einzelnen
Teiles des Volkes die Wohlfahrt des gesamten
Volkes erstrebt, durch den Liberalismus. Eine große gesell-
schaftliche Reform tut not, d. h. manche veralteten Rechts-
zustände oder rechtlose Zustände müssen im deutschen
Reiche, die unbedingte der Abhilfe bedürfen. Hier eröffnet
sich ein weites Feld für ernste aufbauende Arbeit. Daß
diese niemals durch die Sozialdemokratie befohrt werden
kann, dafür ist die Geschichte des sozialdemokratischen
Parlamentarismus, des unfähigsten, den die Welt gesehen
hat, der beste Beweis. F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Geh. Admiralitätsrat a. D. Fritz Rodsch ist am Sonntag,
der „Nationalzeitung“ zufolge, im 53. Lebensjahre gestorben.
— Der Oberst a. D. Gustav von Willow, geb. am 16. Dez.
1828 zu Ofsten, Kreis Lauenburg, ist in Berlin gestorben.

Die Volkswirtschaft.

Der Reichstagen Berlin des Verbandes deutscher Volkswirtschafts-
und Telegrammbeamten hat auf seinem Vorstandstag am
Sonntag u. a. über die Bedeutung des Interesses der mittleren
Volkswirtschaften über den Gehalt folgende Entschlüsse
einstimmig angenommen:

„Der Reichstag für 1907 hat die auf ihm geäußerten Hoffnungen,
soweit die mittleren Volkswirtschaften und Telegrammbeamten in Betracht
kommen, in keiner Weise erfüllt. Die wirtschaftliche Lage der
mittleren Volkswirtschaft erfordert aber eine sofortige und
nachhaltige Besserung in weitgehendem Umfange. Ein
ferneres Hinüberschieben einer Gehaltsoberbesserung kann ver-
hängnisvoll für unsere Mitglieder wirken. Der Reichstag
sich daher gezwungen, den Verbandsvorstand zu ersuchen,
sowie auf die gelehrten Reichswirtschaften mit der Bitte
vertrauensvoll, daß ohne Verzögerung durch Reichstagsbeschlüsse für 1907
die Erhebung des Mittelstandes durch den Reichstag, was in der
unseren Kreisen ein Ende zu bereiten.“

Ungefähr nahm der von mehreren Hundert Beamten besuchte
Reichstag folgende Entschlüsse an:

„Der Reichstag als letzter Genutztorgane deutscher Volkswirtschaft,
daß unter Verbandsorgane, die „Deutsche Volkswirtschaft“, endlich
der berechtigten Bestimmungen unserer Mitglieder Rechnung
trägt und der Realisierung klar und deutlich sagt, welche große
Notlage in unseren Kreisen besteht. Der Reichstag befinde sich
die Lösung unserer Notlage den Reichstagen. Wenn in der
Beratung unserer Angelegenheiten beabsichtigt.“ — Der Reichstag
beabsichtigt die folgende Verteilung, die der beschlossene Aufwuch
zum Vorteil der „Deutschen Volkswirtschaft“ in einem Teile der
Brennstoffe gefunden hat. Eine für einen Reichsbeamten
selbst überhöhtliche Gehaltung sollte in der öffentlichen
Berufung in Zweifel nicht gezogen werden können.
Die Erhebung des mittleren Volkswirtschaften, die sich in
unseren Kreisen Treue und Liebe zum Reichsbetriebe und
zum Vaterlande stets zu finden und zu finden ist werden.“

Ueber die Hohenlohe-Memoiren

hat neulich Prof. Dr. Brunner, der ein persönlicher Bekannter
des Prinzen Alexander ist und von diesem eine interessante Mit-
teilung über die literarischen Hohenlohe erhalten hat, im jugendlichen Bereich zu Stuttgart ge-
sprochen.

Der Redner machte, nach den „Mittl. N. Nachr.“, die in den
Vätern erschienene Kritik über die Memoiren verantwortlich
für die Besserung, die das Bild des Reichsfürsten Hohenlohe
in der Öffentlichkeit erhielt. Ein gewissermaßen Vetter wurde
seinem Namen durch die Hohenlohe-Memoiren, die in der
Staatskanzlei extern, dessen unvergänglicher Name ist, den
Süden Deutschlands und dem Norden geriet zu haben. Gens
fallt es, eine Schwärze bei dem Fürsten daraus stehen
zu wollen, daß er in seinen Aufzeichnungen bemerkt, er habe sich
zuweilen bei Sekt und Rausch geliebt, und an anderer Stelle
sagt, er habe begehrt, sein Erbschaftsvermögen, als ihm der
Kaiser austrant, Professor Brunner habe den Prinzen Alexander
dortüber befragt und dieser erwiderte: „Was ist mir ein hama-
lofer Scheiß mehr Vater.“ Als Prinz Alexander hörte,
wie falsch sein Vater beurteilt wurde, meinte er: „Wenn die
Deute wüßten, was alles in den ersten zwei bis
drei Jahren zwischen dem Kaiser und meinem
Vater vorgefallen ist, würde sie sich nicht der Schwach-
heit schämen. Mein Vater nahm es mit dem Reichsfürsten
genau. Er legte oft, oft hohes Heber der Hände zu zeigen,
als alter Mann die schweren Ordensketten an, um sich bei Sose
abzuholen.“ Einem Abend, als am Tage zwischen dem
Kaiser und Hohenlohe eine scharfe Auseinander-
setzung erfolgt war, wollte der Fürst wieder zu Hofe gehen.
Der Kaiser sagte zu seinem Vater: „Gute Nacht du nicht
hingehen.“ Es wurde, ließ der Kaiser, dem Reichsfürsten in der
stillesten Frage leben.“ Der Fürst antwortete: „Gerade heute
gehöre ich hin, der Kaiser könnte mich befragen als offenen Wunden-
stand auslassen.“ Anderen Tages ließ der Fürst den Prinzen
Alexander rufen und meinte: „Ich würde doch besser sein ge-
blieben.“

Professor Brunner beruhte auch bei 500,000 Francs
Mitteln. Er hat den Prinzen Alexander darüber befragt, der
den Reichsfürsten in der „Nationalzeitung“ vollständig kennzeichnet.
Der Prinz sagte darauf: „Mein Vater hätte dem Zentrum un-
mühsam Konzessionen gemacht.“ Professor Brunner führte das
Dementi der „Nord. Allg. Ztg.“ als unbestreitbar an und findet
den Schlüssel zu dieser Angelegenheit in den Memoiren selbst.
Die Hohenlohe-Memoiren waren entstanden, als der Reichsfürst
in Wien und beabsichtigte, diesem Anlaß den päpstlichen Nuntius
Gallandotti. Die Reichsfürstenschaft ist nun die, daß Gallandotti
mit 100,000 Francs über ein 500,000 Francs - Gehalt für
Papst Leo gesprochen hat, und zwar auf eigene Faust. Als die
Hohenlohe über ein Gehalt für den Papst verhandelt
worden ist, aber nicht vom Kaiser. Hohenlohe mag später beim

